

Kontraproduktive Empörung

von Reiner Bernstein*

Anfang März 2007 besuchte eine Gruppe deutscher katholischer Bischöfe Israel und die palästinensischen Gebiete. Manche ihrer Äußerungen vor Ort, so die des Eichstätter Bischofs Gregor Maria Hanke – „Morgens in Yad waShem die Fotos vom unmenschlichen Warschauer Ghetto, abends fahren wir ins Ghetto in Ramallah. Da geht einem der Deckel hoch“ – haben heftige Reaktionen und Vorwürfe ausgelöst.

Man muss sich nicht lange bei der Abwehr von Äußerungen aufhalten, die einige Bischöfe während ihres Besuchs von sich gegeben haben. Der Vergleich mit einem Ghetto ist unhaltbar, auch wenn das Leben der Menschen in Ramallah und in Bethlehem von hohen Mauern eingekreist wird, die nicht nur die Bewegungsfreiheit unterbinden und kommunale Infrastrukturmaßnahmen verhindern – ein Blick auf den erbarmungswürdigen Zustand der Straßen genügt –, sondern die ihnen vor allem den Zugang zu lebensnotwendigen Dienstleistungen erschweren oder gar unmöglich machen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Hinweis auf die Vernichtungskammern in Auschwitz. Der Jerusalemer Politologe Baruch Kimmerling, ein unermüdlicher Kritiker seiner Regierung, spricht seit langem von einem „Politizid“ – der systematischen Verhinderung nationaler Souveränität für die Palästinenser – und weist damit jeden Hinweis auf einen Genozid zurück. Der frühere Außenminister Shlomo Ben-Ami beklagt in seinem jüngsten Buch „Scars of Wars, Wounds of Peace“ Israels durchgängige „Doktrin einer offensiven Verteidigung“, die die Akzeptanz seines Landes in der Region systematisch verhindere. Es bedarf wohl des Abschieds von einem Staatsamt für solche harsche Einsichten.

* Abgeschlossen am 10.03.2007.

Wer sich seit dem Regierungsantritt Ariel Sharons Anfang 2001, wenn nicht früher und regelmäßig, in den palästinensischen Gebieten aufgehalten hat, wird sich in der Botschaft von Karl Kardinal Lehmann wiedererkennen, dass er und seine Amtsbrüder eine „erschreckende, geradezu katastrophale Situation“ erlebt haben, der die Palästinenser ausgesetzt seien – eine Einschätzung, der aus dem Sekretariat der Bischofskonferenz die Beschwichtigung auf dem Fuße folgte, die Klagen seien „aus der emotionalen Betroffenheit Einzelner heraus“ gefallen.

Zum x-ten Mal ist auch jetzt der Satz bemüht worden, dass sich die Politik Israels wie die jedes anderen Staates der kritischen Begleitung stellen müsse. Diese Selbstverständlichkeit ist so wohlfeil geworden, dass sie selbst bei Anlässen der alltäglichen Nachrichtensortierung aus der Schublade hervorgeholt wird und deshalb keinen Eindruck hinterlässt. Dass der Missbilligung Israels immer häufiger aggressive und schrille Töne beiwohnen, deutet auf eine weitverbreitete und schwer erträgliche Schlussstrich-Mentalität hin – „nach dem, was ihr den Palästinensern antut, sind wir mit unserer Vergangenheit im Reinen“. So intellektuell schlicht wird da argumentiert.

Zum anderen spielt der heftigen Wortwahl die israelische Politik selbst in die Hände: Wer argumentativ regelmäßig und geradezu obsessiv die demokratische Einzigartigkeit Israels im arabischen Nahen Osten betont, muss es sich gefallen lassen, dass das Handeln dieses Staates unter die Besichtigung eben jener Prämisse gerät. Und da belehrt die Realität jeden Beobachter vielfach eines Besseren. Wenn sogar einer der bedeutendsten Staatsrechtler, der als Liberaler in die Niederungen der Politik verirrte Amnon Rubinstein, in arger Eintracht mit dem Obersten Gericht jüngst empfohlen hat, von Voten zu Angelegenheiten der nationalen Sicherheit juristisch Abstand zu nehmen, dann trifft er das Prinzip der Gewaltenteilung im Kern.

All dies scheint freilich den Zentralrat der Juden in Deutschland nicht zu kümmern. Als ob die deutschen Bischöfe eine Herde hergelaufener spätpubertärer Schulbuben seien, denen man endlich politisch unlautere Motive nachweisen könne, werden sie mit dem Vorwurf des Antisemitismus, der moralischen Einäugigkeit und der Rüge bedenklicher historischer Defizite bedacht. Dass Berliner Politiker, denen ein gesunder politischer Menschenverstand eigen sein sollte, in diesen Chor der Verdammung einstimmen, ist kein Freibrief für einen solchen Rundumschlag.

Das Bedenkliche an dem gesamten Vorgang liegt darin, dass er dem Ansehen der gesamten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland schadet – nicht etwa Israel, das nach Ben-Gurions Motto „Alle sind gegen uns“ an seiner politischen Tagesordnung der regionalen Vorherrschaft festhält, statt das Einvernehmen mit den Palästinensern und den arabischen Staaten zu suchen. Der „neue Historiker“ Tom Segev hat in seinem Buch „1967 – Wie das Land sein Gesicht veränderte“, das in diesem Frühsommer auch in Deutschland erscheinen wird, die die sich schon damals abzeichnende Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten in seinem Land thematisiert.

Je stärker seither die israelische Gesellschaft von Selbstzweifeln über ihre Zukunft zerrissen wird, desto nachdrücklicher fühlen sich Mitglieder des Zentralrates und andere selbsterklärte Führungspersonen anscheinend aufgefordert, die Politik Israels gegenüber den Palästinensern heldenhaft zu verteidigen, wo es nichts zu verteidigen gibt – und tragen damit den Spaltpilz in die jüdischen Gemeinden hinein, die um eine Antwort auf die Frage nicht herumkommen, was ein Politiker wie Avigdor Lieberman mit seinen auf die arabisch-palästinensische Bevölkerung Israels abzielenden „Transfer“-Phantasien in einer auf internationale Reputation bedachte Regierung als stellvertretender Ministerpräsident zu suchen hat.

Die Diskussion über die doppelten Maßstäbe hat freilich längst begonnen: hier auf der Wahrung des demokratischen Rechtsstaates zu bestehen, sich dort aber verpflichtet zu fühlen, beide Augen fest zuzudrücken. Diese innerjüdische Debatte hat in Amerika und in England längst in voller öffentlicher Breite begonnen. Im Mittelpunkt zielt sie auf die Klärung ab, welches Israel denn gemeint ist, jenes, das auf die Durchsetzung seiner vermeintlich unverbrüchlichen Interessen pocht, oder jenes, das auf Grundsätze des Einvernehmens mit seinen palästinensischen und arabischen Nachbarn achtet.

Der Zentralrat sollte die jüdischen Stimmen der Berliner Erklärung „Schalom 5767“ nicht unterschätzen, statt sich einer kontraproduktiven Empörung hinzugeben. Dass der Appell binnen kurzem viele tausend Unterschriften gesammelt hat, deutet auf ein begrüßenswertes Phänomen hin: Juden und Nichtjuden lassen sich nicht länger durch religiös-konfessionelle und politisch-kulturelle Schranken trennen. Gegenwärtig findet eine solche Normalisierung am sensiblen Beispiel Israel ihren Ausdruck. Sie sollte zu der Hoffnung Anlass geben, dass auch der Weg der Gemeinsamkeiten im Verständnis der deutsch-jüdischen Geschichte und Gegenwart unumkehrbar ist.
